

Foto: © Herbert Kratky / Fotolia.com



Die Anwohner des neuen Flughafens BBI hatten auf eine Ausweitung des Nachtflugverbots gehofft. Jetzt scheinen sie mehr Flüge am Abend und am frühen Morgen ertragen zu müssen.

## Mehr Arbeitsplätze kontra Lärmschutz?

Flugverkehr soll zwischen 5.30 und 23.30 Uhr möglich sein.

Der am 20. Oktober vorgestellte Planergänzungsbeschluss zum Nachtflugverbot auf dem künftigen Flughafen BBI in Schönefeld wird in Kürze öffentlich ausgelegt. Nach Ende der Auslegungsfrist kann innerhalb eines Monats gegen den Beschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt werden. Klageberechtigt sind aber nur diejenigen, die bereits gegen den BBI-Planfeststellungsbeschluss von 2004 geklagt haben. Selbst in der Luftfahrtbranche, so berichten Berliner Zeitungen, gibt es Stimmen, die die Nachtflugregelung der Landesregierung als „Affront gegen die Anwohner und das Bundesverwaltungsgericht“ bewerten. DIE LINKE-Bezirksverordneter Ernst Welters hat für die blättchen-Leser den Beschluss analysiert.

Nüchtern betrachtet, ist die erste Feststellung zu den Ergebnissen des ergänzenden Planfeststellungsverfahrens zum Großflughafen Schönefeld: „Tausende Bürgerinnen und Bürger bezahlen mit Lebensqualität für eine falsche Standortentscheidung“

Ohne noch einmal beim Urschleim des Standortsuchverfahrens zu beginnen, muss doch darauf hingewiesen werden, dass schon in den Jahren 1993/94 namhafte Kritiker, und übrigens auch das damalige Brandenburger Planungsministerium, darauf hingewiesen haben, dass der Standort Schönefeld wegen seiner

Nähe zu dicht besiedelten Gebieten und der damit verbundenen Lärmproblematik für einen modernen Großflughafen gänzlich ungeeignet ist. Doch politisch wurde damals anders entschieden, und zwar gegen den erbitterten Widerstand Tausender Betroffener. Das Planfeststellungsverfahren zum Bau des BBI wurde vorangetrieben. Ein beispielloses Verfahren mit der Erörterung von über 130.000 Einwendungen und mehreren Gerichtsprozessen fand durch Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts im März 2006 mit der Bestätigung des Planfeststellungsbeschlusses ein vorläufiges Ende.

Ein ganz wesentliches Entscheidungskriterium für die Bundesrichter war der „positive Saldo“ der Lärmschutzbetroffenen in Berlin, einerseits die Schließung von Tegel und Tempelhof und andererseits die Eröffnung des BBI. 130.000 Entlasteten standen 30.000 Belasteten in der Stadt gegenüber. Folgerichtig bemühten sich die Bundesrichter, wenigstens durch Fixierung der Nachtruhe, den Menschen im Umfeld des BBI, die ab 2011 den gesamten Berliner Flugverkehr verkraften müssen, eine gewisse Entlastung zu verschaffen. Bezogen auf den Nachtflugverkehr zwischen 22 und 6 Uhr wurde der neue Flughafen nicht planfestgestellt, sondern dem Flughafenbetreiber ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren aufgegeben. Die Eckpunkte für dieses ergänzende Planfeststellungsverfahren waren: absolute Nachtruhe in der Zeit zwischen 0 und 5 Uhr und nur als besonders unabweisbar begründeter Verkehr in den übrigen Nachtstunden.

Unmittelbar nach dem Leipziger Urteil von März zeigte sich schon das Dilemma der Interpretation. Während die gegen Flughafen Klagen dieses – gemessen am Planfeststellungsantrag – als einen Auftrag zur Reduzierung des Nachtflugverkehrs werteten, gingen Flughafenbetreiber und Fluggesellschaften davon aus, den von ihnen beabsichtigten Nachtflugverkehr nur detaillierter begründen zu müssen.

Gutachten häuften sich und die öffentliche Meinung wurde dahingehend beeinflusst, dass ohne Nachtflugverkehr auch keine „Jobmaschine“ entstehen würde.

►► Fortsetzung auf Seite 4

### IN DIESER AUSGABE

**Seite 2:** Stromausfall beendete Sitzung

**Seite 3:** Ansprechpartner für die Sorgen der Bürger bleiben

**Seite 5:** Teurer Ausbau der Müngersdorfer Straße

# Stromausfall beendete Sitzung

## Neue Jugendherberge auf dem FEZ-Gelände

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl hatten Bezirksverordnete und Bezirksamt nur eine recht kurze Tagesordnung zusammengetragen. Die eigentlich für die Oktoberersitzung vorgesehene Haushaltsdebatte musste verschoben werden, weil das Büro von Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) eine vom Bezirksamt beschlossene Änderung des Entwurfs nicht umgehend in den Geschäftsgang gegeben hatte. Deshalb muss nun die Novembersitzung um eine Woche vorgezogen werden, damit der Bezirk seinen Haushalt rechtzeitig dem Abgeordnetenhaus übergeben kann. Andernfalls hätte eine umfassende Haushaltssperre zu Jahresbeginn gedroht, so



dass etwa Freie Träger im Jugendbereich keine Zuwendungen erhalten hätten. Da diese Panne recht umfassende Folgen hätte haben können, scherzten Mitglieder des Haushaltsausschusses

bereits, dass man sich die Organisation des Büros wohl mal im Ausschuss vorstellen lassen müsse.

In einem gemeinsamen Antrag fordern SPD, Linksfraktion, CDU und FDP das Bezirksamt auf, sich dafür einzusetzen, dass alle planungs- und genehmigungsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um für das geplante Bauvorhaben einer Jugendherberge auf dem Gelände des FEZ noch im Jahr 2009 die Baugenehmigung erteilen zu können. Durch das Jugendherbergswerk und über einen Maßnahmeträger wurden bereits etwa 500 000 Euro in die Entkernung der ehemaligen Konsum-Gaststätte sowie bauvorbereitende Maßnahmen investiert. Dies droht umsonst gewesen zu sein, wenn nicht noch in diesem Jahr ein Baubeginn erfolgt, da die bereits zugesagten Bundesmittel in erheblicher Höhe im nächsten Jahr nicht mehr abgerufen werden können, so der FDP-Verordnete Stefan Förster, der die interfraktionelle Initiative angeregt hatte.

Genehmigungsrechtlich problematisch sind die Lärmemissionen der benachbar-

ten Parkbühne. Die erforderliche Ausnahmegenehmigung durch die Senatsgesundheitsverwaltung ist daher davon abhängig, dass das Jugendherbergswerk erklärt, auf rechtliche Schritte wegen des Lärms, der von Konzerten in der Parkbühne ausgeht, zu verzichten. Insbesondere die auf dem FEZ-Gelände beheimatete Landesmusikakademie ist auf Übernachtungsmöglichkeiten angewiesen. Ernst Welters, Mitglied im Stadtplanungsausschuss für DIE LINKE, erklärte in diesem Zusammenhang, er sei zuversichtlich, dass sich Konzerte in der Parkbühne und ein eher musikorientiertes Publikum in der Jugendherberge gut vertragen würden.

Die Debatte in der BVV wurde von einem Stromausfall unterbrochen, der an diesem Abend mehrere Ortsteile von Köpenick betraf. Als nach einer zehnmütigen Sitzungspause immer noch nur die Notbeleuchtung den Ratssaal spärlich erhellte und nachdem ein SPD-Verordneter dankenswerterweise auf weitere Ausführungen verzichtet hatte, wurde der Antrag mit großer Mehrheit beschlossen und die übrigen Tagesordnungspunkte vertagt.

■ ■ **Philipp Wohlfeil**  
Fraktionsvorsitzender  
LINKSFRAKTION  
in der BVV Treptow-Köpenick

## DIE LINKSFRAKTION ZUR BVV

### ► Gemeinschaftsschulen stärken

Der Senat hat sich entschlossen, an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule festzuhalten und diese noch auszuweiten. Die Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulen zeigen, dass gemeinsames Lernen in der Stadt angenommen wird. Diese aus Sicht der Regierungskoalition erfreuliche Entwicklung sollte dadurch bestärkt werden, dass an jeder Gemeinschaftsschule selbst die Möglichkeit besteht, das Abitur abzulegen, so Fraktionsvorsitzender Philipp Wohlfeil. Es sei naheliegend, dass insbesondere einkommensstarke und bildungsnahe Eltern ihre Entscheidung für eine bestimmte Schule davon abhängig machen und nur so die angestrebte soziale Mischung erreicht werden kann.

Deshalb fordert die Linksfraktion das Bezirksamt auf, bei der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung an jeder Gemeinschaftsschule im Bezirk eine Abiturstufe vorzusehen. Der Antrag wurde

in den für Schulentwicklung überwiesen worden, der ihn auf seiner Sitzung am 11. November behandeln wird.

### ► Parkverbot vor Kita

In einem weiteren Antrag setzt sich DIE LINKE für ein zeitweises Parkverbot vor der Kita in der Melli-Beese-Straße in Johannisthal ein. Der An- und Abfahrtsbereich ist für Eltern, die auf ein Auto angewiesen sind, wegen der Parksituation nicht problemlos erreichbar, erklärt Peter Leiß, der DIE LINKE im Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss vertritt. Auch dieser Antrag wurde in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

### ► Neuer Bürgerdeputierter im Schulausschuss

Auf Vorschlag der Linksfraktion wurde Jörg Bechtold zum Bürgerdeputierten im Schulausschuss gewählt. Bürgerdeputierte sind sachverständige Bürger, die auf Vorschlag von jeweils einer der beiden

großen Fraktionen, also SPD und LINKE, von der BVV zu stimmberechtigten Ausschussmitgliedern gewählt werden. Der 29-jährige Politikwissenschaftler aus Baumschulenweg ersetzt Christoph Münter, der wegen seiner Ausbildung ausscheiden musste.

## IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick  
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe : 29. Oktober 2009  
Ausgabebetrag „blättchen“ 155: Do, 3. Dezember 2009  
Redaktionsschluss für „blättchen 155“: 24. November 09  
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

# Ansprechpartner für die Sorgen der Bürger bleiben

Als Praktikantin im Wahlkampf in Treptow-Köpenick

Foto: Johann Eberlein



Carolin Weingart

**Carolin Weingart (24) studiert seit 2005 in Jena Politikwissenschaft, Südslawistik und Rechtswissenschaft. Sie ist seit Juni 2009 Mitglied im Ortsteilrat Neulobeda und vertritt Thüringen im Länderrat von linksjugend [’solid]. Im Wahlkampfsummer absolvierte sie in der Geschäftsstelle der Linken Treptow-Köpenick im Allendeweg ein Praktikum und unterstützte dabei maßgeblich auch den Jugendwahlkampf im Bezirk. Mit Carolin Weingart sprach Johann Eberlein**

**Carolin, mittlerweile hast Du in Jena Dein Studium wieder aufgenommen und konzentrierst Dich nun auch wieder auf Deine politische Arbeit in Thüringen. Doch lass uns noch einmal kurz auf den Sommer zurückschauen. Wie hat Dir Dein Praktikum bei uns gefallen?**

Dieses Praktikum war inzwischen mein drittes bei der LINKEN in Treptow-Köpenick und es hat mir wie immer viel Spaß gemacht. Ich freue mich besonders darüber, dass ich mehr und mehr selbstständig Aufgaben übernehmen durfte und damit die Geschäftsstelle entlasten konnte, die in Wahlkampfzeiten immer viel Arbeit hat. Dank der Mithilfe vieler fleißiger Genossinnen und Genossen ist es uns gelungen, über 6000 Plakate, so viele wie noch nie, zu hängen. Bei der Organisation dessen war ich maßgeblich beteiligt.

**Aus der Geschäftsstelle heraus hast Du den Wahlkampf selbst mit koordiniert und natürlich auch selbst auf der Straße geführt. Wie zufrieden bist Du nun eigentlich mit dem Ergebnis, was hat Dir daneben vielleicht auch Mut gemacht?**

Das Ergebnis der LINKEN bundesweit war natürlich sensationell. Eine besondere Belohnung für mich war, dass unser Direktkandidat, Gregor Gysi, den Wahlkreis erneut erobern konnte und wir im Bezirk sogar noch an Stimmen zugelegt haben. Die negative Stimmungsmache der politischen Gegner gegenüber Gregor Gysi und der LINKEN haben nichts genützt. Im Gegenteil, im Wahlkampf auf der Straße habe ich sehr viel positive Resonanz erlebt und dadurch erfahren, dass sich unser Engagement lohnt.

**Du studierst unter anderem Politikwissenschaft. Was denkst Du, wie politisch sind Menschen im Alltag und wie kann man sie am besten ansprechen?**

Ich denke, dass die große Mehrheit der Menschen außerhalb des Wahlkampfes nur wenig mit Politik in Berührung kommt, dabei ist gerade in der Zivilgesellschaft Engagement wichtig. Meiner Ansicht nach dürfen sich die Parteien außerhalb des Wahlkampfes nicht abschotten und müssen Ansprechpartner für die Bedürfnisse und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sein. Sie haben die Aufgabe, ihre Politik zu erklären und den Menschen verständlich zu machen. Gleichzeitig muss eine Partei offen sein für Interessierte und neue Mitglieder. Wir haben im Zuge der Wahlen viele Neumitglieder dazugewonnen, die nun integriert werden müssen.

**Hat sich DIE LINKE Deiner Ansicht nach im Wahlkampf darauf eingestellt oder wäre es auch besser gegangen?**

Im Wahlkampf waren wir natürlich auf der Straße präsent und haben mit vielen Menschen über unsere politischen Forderungen diskutiert. Dabei war die Stimmung sehr offen. Ich finde es außerordentlich lobenswert, dass unsere Genossinnen und Genossen auch neben dem Wahlkampf regelmäßig Infostände organisieren und beispielsweise die Politik der Linksfraktion in der BVV kommunizieren. Wichtig ist auch, dass

sich Gregor Gysi weiter für den Bezirk einsetzt und seine Bürgersprechstunden fortsetzt.

**Gerade erst sind die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen zu Ende gegangen. Auf schärfere Spielregeln für Finanzmärkte hat man sich bisher aber nicht geeinigt. Glaubst Du, dass sie noch kommen werden?**

Die deregulierten Finanzmärkte wurden unter Schröder eingeführt, nun sind die Urheber dieser neoliberalen Ideologie an der Macht. Die FDP hatte im Wahlkampf eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte gefordert. Ich bezweifle jedoch sehr stark, dass unter Schwarz-Gelb eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte erfolgen wird und befürchte viel eher, dass der Casino-Kapitalismus weiter betrieben wird.

**Inzwischen hat sich die SPD in Thüringen dazu entschlossen, die bisherige Landesregierung weiter im Amt zu halten. DIE LINKE in Thüringen sitzt damit wohl gleich doppelt in der Opposition. Schwarz-Gelb im Bund und eine „Große“ Koalition im Landtag. Wie macht ihr jetzt als Linksjugend Thüringen weiter?**

Wir als linksjugend [’solid] Thüringen werden weiterhin die Versäumnisse der Landesregierung aufzeigen und sagen ganz deutlich, dass die SPD ihre zentralen Wahlversprechen gebrochen hat. Mit Rot-Rot-Grün wäre zum Beispiel eine andere Bildungspolitik möglich gewesen. Der nun im Koalitionsvertrag vereinbarte Kompromiss der Gemeinschaftsschule ist ein Etikettenschwindel, tatsächlich bleibt die Selektion der Kinder ab der 4. Klasse bestehen. Vielmehr hätte man sich am Berliner Modell der Gemeinschaftsschulen orientieren sollen.

**Im nächsten Jahr wirst Du Dein Studium abschließen. Weißt Du schon, wie es danach mit Dir und der LINKEN weitergeht?**

Was nach dem Studienabschluss kommen wird, ist heutzutage nur noch schwer zu beantworten. Zunächst habe ich für DIE LINKE in Jena einige kommunalpolitischen Ämter übernommen. Falls ich in Deutschland keine Arbeit finden sollte, würde ich gerne für eine längere Zeit in Serbien leben, um meine Kenntnisse in der Sprache zu perfektionieren.

**Carolin, ich danke Dir für das Gespräch und wünsche Dir weiterhin ein erfolgreiches Semester!**

# Arbeitsplätze kontra Lärmschutz?

Fortsetzung von Seite 1: Nachtflugverbot am Flughafen BBI



Tatsächlich wurde zunehmend mehr das Segment des Billigflugverkehrs zum Motor der Ausweitung des Berliner Flugverkehrs, und natürlich flogen jetzt damit Menschen, die das bis dahin nicht taten.

Ökologische Argumente von Einschränkungen insbesondere des Kurzstreckenverkehrs gerieten immer mehr in den Hintergrund. Statt integrierter Verkehrssysteme ging es eher um die Konkurrenz, beispielsweise zwischen Flug und Bahn mit deutlichen Kurzwirkungsvorteilen für den Flug. Die sich so entwickelnde Nachfrage wurde zu einem entscheidenden Argument für die Notwendigkeit der Ausweitung des Flugverkehrs in die Nachtstunden. Damit waren aber gleichzeitig die Schutzinteressen der Betroffenen in der Defensive. Sie wurden als rückschrittlich deklariert, weil einer Metropole des Fliegens nicht angemessen.

Folgerichtig meldeten die Fluggesellschaften, auf die neue Nachfrage reagierend, die Bedürfnisse eines sehr früh und sehr spät benötigten Zubringerverkehrs zu den nationalen und internationalen Drehkreuzen, eine maximale Auslastung des Flugmaterials durch Erhöhung der Flugdurchläufe, die Notwendigkeit des Wiedererreichens des Heimatflughafens nachts zu Wartungszwecken, den frühen Abflug zu Ferenzielen und die späte Ankunft von Ferenzielen, einschließlich der Verteilung zusammengefasster Flugurlauber an. Zeit und Auslastung des Materials sind wesentliche Faktoren, um Preise „billig“ zu halten und in der Konkurrenz zu anderen Flughäfen und Verkehrsträgern zu bestehen.

Vervollständigt wurden diese in Gutachten gekleideten Wünsche und Vorstellungen durch eine Hypothese, dass mindestens 13.000 Arbeitsplätze nicht entstehen würden, wenn der Flugverkehr nicht in die Nachtstunden ausgeweitet würde.

Damit hatte die Planfeststellungsbehörde das Problem der Quadratur des Kreises zwischen dem Leipziger Urteil und den Forderungen des Betreibers und der Fluggesellschaften.

Hier sei wenigstens noch einmal die Bemerkung



gestattet, dass der Zielkonflikt zwischen den durchaus realen Entwicklungen der Fluggewohnheiten und den berechtigten Schutzinteressen der Betroffenen bei einer vernünftigen Standortwahl entschieden kleiner gewesen wäre. Aber..., das schrieb ich ja schon.

Die Planungsbehörde hat nun in akribischer Form für die einzelnen Flugsegmente wie Zubringerverkehr, Point-to-Point-Verkehr, Charterverkehr, Urlaubsverkehr, interkontinentaler Verkehr usw. Plausibilitätsprüfungen vorgenommen, die ich hier im Einzelnen nicht erörtern kann, und kommt zu dem Ergebnis, dass der Flugverkehr in die Nachtstunden ausgeweitet werden muss. Quasi wird der ohnehin in seiner Dimension von rund 1.000 täglichen Flugbewegungen schon genehmigte Flugverkehr bis 23:30 Uhr ausgeweitet und ab 5:30 Uhr erlaubt. Insbesondere Verspätungen (auch im Laufe des Tages angesammelte) und Verfrühungen führen dann noch zu genehmigten Flugbewegungen in den Zeiten 23:30 Uhr und 0 Uhr sowie 5:00 Uhr und 5:30 Uhr. Damit ist die so genannte Nachtkernzeit zwischen 0 und 5 Uhr zwar bis auf Sonder-, Katastrophen- und Postflüge flugfrei, aber die Nachtflugintensität des Leipziger Urteils ist deutlich unterlaufen. Zwar bemüht sich die Planfeststellungsbehörde durch komplizierte Kontingentierungen, Lärm vermeidenden Instrumentenanflug und der Zulassung von geräuschärmeren Flugzeugen auch hier eine gewisse Entlastung zu erreichen, aber in diesen Zeiten dominieren wirtschaftliche und Nachfrageüberlegungen den Schutz der Lebensqualität.

Nicht zu verkennen ist allerdings, dass die Erkenntnisse der gesundheitlichen Auswirkungen durch Reduzierung der Nachtruhe in der Lärmwirkungsforschung nach wie vor umstritten sind (dies wird im Planfeststellungsbeschluss über 60 Seiten lang erörtert), und dass gesetzliche Bestimmungen sogar noch hinter dem für den BBI festgesetzten Schutz zurückbleiben. So gibt es in den Schutzonenfestlegungen leichte Verbesserungen (Bohnsdorf, Müggelheim), ebenso in der Entschädigungszone außen (Bohnsdorf) durch den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss.

Grundsätzlich bleibt es aber bei Feststellung einer Verminderung von Lebensqualität. Das wird auch im Planfest-

stellungsbeschluss so festgehalten.

Der Planfeststellungsbeschluss ist umstritten und sollte auch zu Bürgerprotesten führen. Am 6. 11. beispielsweise 11.00 Uhr vor dem Brandenburger Landtag. Aber wichtig für die Betroffenen ist jetzt erstmal die Einhaltung der Klagefrist (ein Monat nach Entscheidungsveröffentlichung) in der Hoffnung, in Leipzig zu erreichen, dass die Bundesrichter bei ihrer bisherigen Nachtflugschutzvorstellung bleiben. Dies gilt es natürlich parlamentarisch und außerparlamentarisch zu begleiten. Einfach wird das alles nicht, wenn man bedenkt, wie gering das Interesse außerhalb der Einflugszonen ist und wenn man feststellen muss, dass ausgewiesene Streiter gegen den BBI wie der Schulzendorfer Bürgermeister Herbert Burmeister, der seit Jahren die Interessen für Lebensqualität vertritt, von den Wählerinnen und Wählern nicht in den Brandenburger Landtag gewählt wurde.

■ ■ Ernst Welters

## BVV-Beschlüsse – was wurde daraus?

### ► Informationen zu Baustellen im Bezirk

Im Internet wird auf den Seiten des Tiefbauamtes regelmäßig über Baumaßnahmen im Bezirk, deren Dauer und erforderliche Sperrungen informiert. Zudem werden die für Nachfragen zuständigen Ansprechpartner genannt, heißt es in einer abschließenden Stellungnahme des Bezirksamtes zu einem BVV-Beschluss von 2007.

### ► Bauarbeiten Altstadt Köpenick

Im Jahr 2009 waren und sind keine bezirklichen Baumaßnahmen in der Altstadt Köpenick geplant, informierte Bezirksstadtrat Rainer Hölmer. Er reagierte dabei auf einen BVV-Beschluss vom vorigen Jahr, in dem für das laufende Jahr ein vollständiger Verzicht auf Straßenausbauarbeiten gefordert wurde. Auch lägen keine Erkenntnisse über Baumaßnahmen seitens der Leitungsbetriebe vor, ergänzte er. Eine Straßensperrung im Havariefall könne jedoch nicht ausgeschlossen werden.

# Teurer Straßenausbau für die Müngersdorfer Straße

## Was kommt auf die Anlieger zu?

**Das kennen wir doch schon. Eine Straße wird ausgebaut, und die Anwohner erhalten hohe Gebührenbescheide mit denen ein Großteil der Baukosten umgelegt werden. Jetzt scheint es die Müngersdorfer Straße zu treffen.**

Eine beschauliche Siedlungsstraße in Altglienicke, nahe dem Bahn-Außenring, allerdings mit streitbaren Bürgerinnen und Bürgern. In einem Bebauungsplan ist der Ausbau dieser Straße vorgesehen. Und weiterer Wohnungsbau, denn diese Gegend ist Entwicklungsgebiet. Die Bewohner haben nichts gegen einen Ausbau der Straße, auch nichts gegen den Bau einer Straßenentwässerung. In dieser Gegend gibt es Lehmboden, der sich einer schnellen Versickerung von Regenwasser entgegenstellt. Aber sie wollen keine Rennstrecke. Deshalb sollte die Dimension der Straße begrenzt werden. Bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan im Jahre 2005 wurde protokolларisch vom damaligen Bezirksstadtrat Schmitz festgestellt, dass die ausgewiesene Straßenbreite von 8,25m nicht in Anspruch genommen werde, sondern nur eine raumplanerische Größe darstelle. Im Colonia-Park, wo die gepflasterte Straße 8,25m auswies, wurde wieder protokolларisch zugesichert, dass die Ausweisung der Straße auf 4,75m begrenzt werde. So ging einige Zeit ins Land, in der sich baulich gar nichts tat.

Bezirksstadtrat Schmitz und sein damaliger Tiefbauamtleiter gingen in Pension und damit ging Wissen um getroffene Verabredungen in die Tiefe der Akten. Das Straßenausbaubeitragsgesetz kam und ergriff Besitz von der Müngersdorfer Straße.

420000 Euro standen in der Investitionsplanung bei einer Einnahmeerwartung von 65 Prozent dieser Summe. Es geht um eine Anliegerstraße und die muss zu 65 Prozent von den Anliegern selbst bezahlt werden. Mittlerweile war die Dimension der Straße wieder bei 8,25m. Das aber wollten die Bürger ja nicht, erinnerten sich einige BVV-Mitglieder. Also wurde der Betrag zunächst einmal per Beschluss gesperrt bis eine Einigung mit den Anwohnern über den Ausbau und damit auch über die Dimension der Straße gefunden wäre. Die Bezirksverordneten ließen sich von der

Überlegung leiten, eine Anliegerstraße gegen den Willen der Anlieger und zu 65 Prozent auch auf deren Kosten zu bauen, ergebe keinen Sinn. Zumal für diese Straßenbreite auch noch Grundstücksteile verkauft werden müssten. Es wurde verhandelt und das Ergebnis sollte am 21. Oktober vorgestellt werden. Doch es gab offensichtlich keine Einigung, wohl aber die Feststellung des Bezirksamtes, dass die Straße nun doch in der Dimension 8,25m gebaut werden müsse, weil dies so im Bebauungsplan steht.

Weitere, durchaus vernünftige Überlegungen des Tiefbauamtes, wie man die Straßenaufteilung dennoch im Interesse der Anwohner vernünftig gestalten könnte, gingen leider im Streit um die Straßenbreite unter. Die in der Höhe noch nicht konkretisierten Kosten für die Entwässerung von mehreren 100000 Euro, die den Anwohnern ins Haus stehen, spielten offensichtlich bisher noch keine Rolle. Ebenso wenig wie das Verfahren und die Bezahlung der Grundstücksteilkäufe sowie die finanzielle Beteiligung der Anwohner. Grundlage dafür ist die Art der Bebauung der einzelnen Grundstücke. Allerdings nicht die tatsächliche Bebauung, sondern die laut Bebauungsplan theoretisch mögliche. Weitere Gespräche mit den Anwohnern zur Lösung der Probleme sind dringend erforderlich. blättchen wird weiter berichten.

■ ■ Ernst Welters

## Marzahn-Hellersdorf

**Politischer Frühschoppen im Schloss Biesdorf**

Sonntag, 8. November 2009, 11.00 – 13.30 Uhr

**Entwurf des Klimaschutzgesetzes in der Diskussion**

Petra Pau, *Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages*  
Katrin Lompscher, *Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz*

Moderation: Regina Kittler, stellv. Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion

Foto: Maximilian Nitschke



## Ehrenamt in Treptow-Köpenick

### Viele Gesichter, viele Geschichten

Zur Eröffnung der Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2009 eröffnete Berlins kürzlich in den Ruhestand gegangene Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Heidi Knake-Werner (DIE LINKE), mit einer feierlichen Vernissage eine beeindruckende und liebevoll gestaltete Fotoausstellung von Stefanie Beerbaum, Projektleiterin von Sternenfischer, dem Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick.

Die Ausstellung ist noch bis zum 18. Dezember im Landesamt für Gesundheit und Soziales, Turmstraße 21 zu sehen. Anhand von Porträtfotos zeigt die Fotografin 19 unterschiedlich ehrenamtlich tätige Menschen aus Treptow-Köpenick. Unser Bild zeigt Maria Seidel (68) aus Köpenick (ehrenamtliche Leiterin einer Kegelgruppe im Seniorenheim Müggelschloßchenweg) im Gespräch mit Heidi Knake-Werner.

## ► Umbenennung Bushaltestellen

Einer Umbenennung der Bushaltestellen in der Baumschulenstraße kann nach Ansicht der BVG nicht stattgegeben werden, heißt es in einer Stellungnahme zu einer Empfehlung der BVV vom Juni dieses Jahres. Darin wurde vorgeschlagen, die Bushaltestellen „Kieffholzstraße“ sowie „Frauenlobstraße“ beide in „Baumschulenweg Kirche“ umzubenennen. In der Begründung der BVG heißt es, die Namen von Haltestellen orientierten vorrangig auf Bahnhofsbezeichnungen und auf neutrale Straßen- und Platznamen. In dem Beschluss seien darüber hinaus Haltestellenpunkte für Umbenennungen vorgeschlagen worden, die unterschiedlichen Haltebereichen angehörten.

**Gysi  
meint...**



## Spaltung der Gesellschaft

Schwarz-Gelb ist eine Koalition der sozialen Spaltung, Trickereien und neoliberalen Entstaatlichung. Mit dieser Koalition gewinnt das Land keine Zukunft. CDU/CSU und FDP verweigern eine gerechte Verteilung der Krisenkosten genauso wie entscheidende Weichenstellungen, um künftige Krisen zu verhindern.

Entsolidarisierung wird zur Staatsräson des schwarz-gelb regierten Deutschland. Die Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Sozialversicherung wird endgültig aufgegeben, die unselige Kopfpauschale im Gesundheitswesen eingeführt. Ausgabensteigerungen bei Gesundheit und Pflege werden künftig ausschließlich von den Versicherten getragen. Damit wird der Weg der Privatisierung sozialer Risiken verschärft.

Wer arm ist, hat von dieser Koalition weitere Drangsalierungen und Leistungskürzungen zu erwarten. Nur Bestverdiener, Vermögende und größere Unternehmen bekommen wirklich mehr Netto vom Brutto: die Unternehmen durch weitere Entlastungen 2,3 Mrd. Euro, und reiche Erben noch einmal 1,1 Mrd. Euro Steuergeschenke.

Dort, wo wie beim Kindergeld oder beim Schonvermögen Leistungen verbessert werden, gehen große Gruppen leer aus. Kinder aus Hartz IV-Familien, die höhere Sätze für ein menschenwürdiges Leben am meisten bräuchten, bleiben außen vor. Und den Bürgerinnen und Bürgern wird das Geld mit steigenden Müll-, Abwasser- und Postgebühren und mit Belastungen bei der Gesundheits- und Pflegeversicherung gleich wieder aus der Tasche gezogen. Notwendige Mehrausgaben für die Stabilisierung der Sozialversicherungen sollen in Schattenhaushalte verschoben werden, statt mit gerechten Steuern auf Gewinne und Vermögen für eine Gegenfinanzierung zu sorgen. Was für die Rolle des Staates gilt, zeigt sich auch bei Atomenergie, Mindestlohn oder Bahnprivatisierung – überall macht die Koalition die Politik von vorgestern.

## Rien ne va plus

### Zum Tode von Gerhard Leo

Der ehemalige Mitstreiter der französischen Résistance und Frontbeauftragte des CALPO, des Komitees Freies Deutschland für den Westen, Gerhard Leo, ist im September im Alter von 86 Jahren verstorben. Als langjähriger Korrespondent der Zeitung Neues Deutschland in Paris wie als Gründungsmitglied des Verbandes »Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung Freies Deutschland« hat er sich bleibende Verdienste um die deutsch-französische Zusammenarbeit erworben; dafür war er erst vor wenigen Jahren zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt worden.

In Berlin ist er unter anderem durch seinen Einsatz gegen die Bedingungen im „Abschiebe-Knast“ bei vielen jungen Menschen bekannt und beliebt gewesen.

Sepp Horlamus, langjähriger Mitstreiter von Gerhard Leo in Friedrichshagen schildert hier seine Erinnerung:

*Gerhard kannte ich seit über einem halben Jahrhundert, seit ich als junger Journalist zu einem Praktikum beim ND war. Immer*

*wenn er in Berlin weilte, traf ich ihn oft bei Konferenzen und Empfängen oder auf der Bölschestraße. Mit ihm konnte man wunderbar Ansichten austauschen und aus seinen reichen Erfahrungen lernen. Andere Ansichten hörte er sich mit größter Aufmerksamkeit an und gab in seiner leisen Art mit einigen klugen Bemerkungen Stoff für neue Überlegungen, die den Partner bereicherten. Ich habe als Journalist viel von ihm lernen können. Er war ein Kamerad im besten Sinne des Wortes.*

*Nie werde ich unser letztes Zusammentreffen vor einem Jahr beim Fleischer in der Bölschestraße vergessen, wo er Zutaten für seine Kochkünste holte. „Wie lange machen wir es noch?“ Wir sahen uns an und lächelten. Und jetzt? „Rien ne va plus“ würde er sagen.*

*Sepp Horlamus*

## Bürgersprechstunde

**Gregor Gysi**

Bürgersprechstunden: Di. **8. Dezember**  
in der Zeit von **13.00 – 18.00 Uhr**.  
Wahlkreisbüro Brückenstraße 28.  
Anmeldung bitte unter (030) 63 22 43 57



Protosom.de - Thomas Sommerfeld

**Ende Oktober** wurde die neue „Großsporthalle Hämmerlingstraße“ an der Alten Försterei feierlich durch den Stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Umwelt, Grün und Immobilienwirtschaft, Michael Schneider (Die LINKE) an den Bezirksstadtrat Bürgerdienste, Bildung und Sport, Herrn Svend Simdorn (CDU), übergeben. Die neue Großsporthalle mit 1000 Sitz-

plätzen ist die neue Heimat des KSC und wird zur Hauptspielstätte für die 1. Bundesligamannschaft Volleyball der Damen des Köpenicker Sportclub.

Die neue Sporthalle wird zugleich eine Verbesserung auch für das Jugendleistungszentrum des 1. FC Union Berlin e.V. bringen. Für den Hallenneubau wurden vom Bezirk 8,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Beratungen des Bezirksvorstandes

10.11. 18:30 Allendeweg 1

24.11. 18:30 Beratung mit den Delegierten des Landesparteitages, Allendeweg 1

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

**Jetzt kostenfrei abonnieren unter:**  
<http://newsletter.die-linke.de>

## DIE LINKE.

### KONTAKT

Bezirksverband

*Geschäftsstelle Köpenick*

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: [bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de)

*Öffnungszeiten:*

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

*Kassenzeiten:*

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

*Geschäftsstelle Treptow*

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

**Achtung!**

**Letzter Kassentag im Dezember:**

**Köpenick: Dienstag, 15.12., 10–17 Uhr**

**Treptow: Donnerstag, 17.12., 14–17 Uhr**

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

[mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de](mailto:mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de)

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## WIR GRATULIEREN

*im November zum Geburtstag*

- 99. Meta Ortlepp
- 97. Ingeborg Hänisch
- 96. Helga Trabant
- 94. Charlotte Born, Elfriede Gerold
- 93. Hildegard Glaser
- 90. Gerhard Kirmse

- 85. Gerda Krone, Erich Passarge, Gerhard Schaller
- 80. Ingeborg Tietz, Anita Türschmann, Juliane Weber, Horst Scholz, Lothar Seiffert
- 75. Charlotte Eichler

## Friedlicher Protest

Im Oktober wurde erneut gegen den rechtsextremen Szenetreffpunkt „Zum Henker“ protestiert. Organisiert vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz zeigten die Demokratinnen und Demokraten, dass sie Schöne-weide nicht den Rechtsextremisten überlassen wollen. Angeführt wurde die Demonstration von Bürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD), ihrem Stellvertreter Michael Schneider (DIE LINKE) und den Stadträten Ines Feierabend (DIE LINKE) und Dirk Retzlaff (SPD). Anlass der Kundgebung war, dass rechtsextreme Kreise am Vormittag in Mitte/Friedrichshain bei einem Demonstrationszug zur „Solidarität“ mit

dem polizeibekanntem rechten Szenetreff aufgerufen und dafür sogar bundesweit mobilisierten.

Das Werfen von Molotowcocktails und die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben ist schärfstens zu verurteilen und kein Mittel der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Das betonte LINKE-Bezirksvorsitzender Marko Tesch auf dem Basistreffen in Bezug auf einen Brandanschlag auf die Gaststätte „Zum Henker“. Allerdings hatte sich gezeigt, dass die von der Polizei Festgenommenen nicht aus der linken Szene kamen. Vielmehr handelte es sich offensichtlich um einen Racheakt, der von Rechts in unverantwortlicher Weise instrumentalisiert wurde.



Foto: Karl Forster



## Dank an die Helfer

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“, so könnte man die Ausführungen von Gregor Gysi bei der Wahlhelfer-Party in der Villa Offensiv zusammenfassen. So erwachse aus der Tatsache, daß DIE LINKE auch mit den Zweitstimmen stärkste Partei im Stadtbezirk wurde, eine besondere Aufgabe für die in zwei Jahren anstehenden Berlin-Wahlen. Das sei eine Chance, aber auch eine schwere Aufgabe. Zuvor hatte sich Gregor Gysi bei allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern herzlich für die Unterstützung bedankt. Das Fest gab auch Gelegenheit zu vielen Gesprächen.



Nicht nur ROT ist jetzt im Bürgerbüro angesagt, sondern BUNT. Diese Farben hatten einen weiten Weg aus Rajasthan hinter sich. Der junge Künstler Sayed Irshad Ali aus Udaipur kam Anfang August für

## Indiens Farbenzauber

Sayed Irshad Ali stellt im Bürgerbüro Dr. Gregor Gysi aus

3 Monate in unseren Bezirk aus dieser alten Rajputenstadt. Sie ist das Zentrum der jahrhundertealten Miniaturmalerei. Hier hat sich aber auch seit Jahrzehnten die Kunstrichtung der Modern Art etabliert, der sich Irshad verschrieben hat. Ein Studium ist einem Arbeitersohn aus Indien kaum möglich; Vater arbeitet schwer in der Zinkindustrie. So hat Wolf-Rüdiger G. Hegerding aus Johannistal dem ältesten Sohn der Familie, Irshad, ein zweijähriges Studium in Bangalore (Südindien) ermöglicht. Jetzt ist Irshad glücklich, dass er im Bürgerbüro bei Gregor Gysi am 13. Oktober, mit einer Ausstellung etwas aus seiner Heimat vermit-

eln kann. Für das politische Geschehen hier zeigte er großes Interesse und hat auch den Wahlkampf verfolgt. Irshad interessiert besonders, mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen wie beim Fest der Demokratie an unserem Stand Kunst aus Rajasthan. Zur Ausstellungseröffnung waren viele Gäste und Künstler aus unserem Bezirk gekommen. Es war eine gelungene Veranstaltung mit indischem Essen, indischem Tee und interessante Gesprächen. Im nächsten Jahr will Irshad wieder nach Berlin kommen und ein Studium an der Kunsthochschule in Weißensee beginnen.

### TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 07

**SO 8.11. 11:00** Matinee zum Jahrestag der NS-Pogromnacht 1938 mit Walter Kaufmann und dem Kinder- und Jugendensemble SADAKO

*Achtung: Die Veranstaltung findet im Rathaus Köpenick statt!*

#### 9. November, 71. Jahrestag der Pogromnacht

Judenhass, Rassismus und Antisemitismus reichen weit zurück, sind leider aber auch gegenwärtig. Wir wollen erinnern an Ereignisse und persönliche Schicksale und so den Anfängen wehren helfen.

##### 15 Uhr Alt-Köpenick am Schlossplatz

in den Räumen des Pflegedienst Schwester Christiane  
Lesung und Gespräch mit Rosemarie Schuder: Nr. 58866: „Judenkönig“  
Aus dem Leben des Kurt Julius Goldstein (Neuaufgabe)

##### 17 Uhr Schlossplatz

*Ge(h)denkkundgebung:*

*Jüdisches Leben in Köpenick*  
anschließend

*Rundgang durch die Altstadt*

zu Stätten jüdischen Lebens bis zur ehemaligen Synagoge Freiheit 8

mit Gerd Lüdersdorf,

Autor des Buches „Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick“

**MO 9.11. 15:00** Beratung der AG Seniorenpolitik, Thema: weitere Schussfolgerungen aus den Wahlen und dem am 13. Oktober stattgefundenen Seniorenforum, Brückenstr. 28. Neue Mitstreiterinnen- und -streiter sind immer herzlich willkommen

**DI 10.11. 18:30** Diskussionsveranstaltung mit Uwe Doering, MDA und parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im AHB, zu aktuellen Themen wie Straßenausbaubeitragsgesetz, Klimaschutzgesetz oder Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, im Blauen Salon, Altglienicker Bürgerzentrum, Ortolfstr.

**MO 16.11.19:00** Prof. Dr. Herbert Graf stellt seine Biografie vor: Parteiarbeiter und DDR-Diplomat, Dorfklub Müggelheim

**MI 18.11. 15:00** Der Film als Mittel der Propaganda im 2. Weltkrieg, Vortrag von Katrin Sell zum Film „Casablanca“ (USA 1942), BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275

**MI 25.11. 15:00** Veranstaltung mit Prof. Heinrich Fink zum 65. Todestag von Willi Sänger, BdA Treptow, in der Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275

**MI 25.11. 18:00** Diskussionsveranstaltung über Stadtentwicklung und Versorgungssituation in Oberschö-

#### Skatturnier

der LINKEN Oberschönevide  
**15. November um 10.00 Uhr**

Ort: Gaststätte „Zur Post“  
Anmeldung bis 12. November unter Tel. 537 80 499 oder in der Gaststätte  
Startgeld: 10.- Euro (incl. Mittagessen)

neweide, mit Ernst Welters, MdBVV und Petra Reichardt, MdBVV, TGS, Ostendstraße 25

**SA 28.11. 15:00** Spurensuche – Lebensläufe von Frauen gestern und heute in unserer Nähe. Lesung und Gespräch mit Ursula Reinhold, BdA Köpenick, Puchanstraße 12

**SA 28.11., 10.30** Gedenken an Willi Sänger zum 65. Jahrestag der Ermordung des Antifaschisten. Willi-Sänger-Sportanlage, Köpenicker Landstr. 189

**MI 9.12. 15:00** „Ich bin Vergangenheit und Gegenwart“, Vera Friedländer spricht über ihre Autobiografie, BdA Treptow, in der Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: [petra.reichardt@die-linke-berlin.de](mailto:petra.reichardt@die-linke-berlin.de)